Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.) durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17239 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17239 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 7. April 1928 — Nummer 83

Für die Sowjetunion!

Gegen den neudeutschen Imperialismus

Gewerkschaften und Reichstagswahlen

Von W. Ulbricht

Die diesjährigen Reichstagswahlen haben für die künftige Politik des ADGB insofern eine große Bedeutung, als die Stimmabgabe der Arbeiter zeigen wird, wieviel Arbeiter mit der bisherigen Wirtschaftspolitik, Schlichtungspolitik, Arbeitsgemeinschaftspolitik usw. der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer einverstanden sind **und wieviel Arbeiter unter Führung der Kommunistischen Partei den Kampf gegen die Schlichtungsfessel und gegen die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik führen wollen.** Der Bundesvorstand des ADGB hat offen erklärt, daß

die Wahlbewegung im Zeichen der Vorbereitung der Koalitionspolitik

geführt wird. Jeder Gewerkschaftskollege nimmt also bei der Stimmabgabe entweder für eine Klassenkampfpolitik der Gewerkschaften, d. h. für die Kommunisten, Stellung, oder er wählt sozialdemokratische oder Zentrumsabgeordnete und stärkt damit die Politik der Zusammenarbeit mit dem Trustkapital. Die Fragestellung ist klar:

Entweder für die einheitliche Klassenfront des Proletariats zum Kampfe gegen die Diktatur des Trustkapitals und der Agrarier, oder für die Arbeitsgemeinschaft und Koalitionspolitik, für die Verständigung mit den Trustmagnaten, mit Volkspartei und Zentrum, mit den Thyssen, Klöckner, Siemens, Dr. Deutsch und Kompanie!

Jeder Arbeiter muß sich klar sein, daß eine **Stimmabgabe für die Koalitionspolitik gleichbedeutend ist mit der Stellungnahme für eine wirtschaftsfriedliche Gewerkschaftspolitik.** Die Bourgeoisie hat nur dann ein Interesse an einer Koalitionsregierung, wenn es ihr mit deren Hilfe gelingt, **die freien Gewerkschaften vom Kampf für die Durchsetzung der Arbeiterforderungen abzuhalten und sie zu Hilfsorganen der kapitalistischen Wirtschaftspolitik zu machen.** Diese Taktik der Bourgeoisie stimmt überein mit der Gewerkschaftspolitik der sozialdemokratischen Führer. Hilferding erklärte auf dem Kieler Parteitag klar und eindeutig, daß die **Gewerkschaften die Aufgabe haben, die „Regelung der kapitalistischen Wirtschaft zu organisieren".** Wer also bei den Reichstagswahlen sozialdemokratisch stimmt, der bringt damit zum Ausdruck, daß er diese wirtschaftliche Gewerkschaftspolitik der sozialdemokratischen Führer unterstützt.

Wem hat bisher die Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik genützt?

Die Erfahrungen mit der sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik während des Krieges und ihre Fortsetzung in Form der Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik nach 1918 haben zur Genüge bewiesen, daß die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit den Vertretern der Bourgeoisie stets zum Nutzen der Feinde der Arbeiterklasse war. Jeder Gewerkschaftskollege möge sich selbst die Fragen beantworten:

Wem hat die Arbeitsgemeinschaftspolitik genützt?

Wem hat das Schlichtungssystem genützt, das von den sozialdemokratischen Führern mit eingeführt wurde?

Wem hat die von sozialdemokratischen Führern organisierte Technische Nothilfe genützt?

Wem hat das Ueberzeitabkommen im Bergbau und die Verlängerung der Arbeitszeit in den anderen Industrien genützt? Waren es nicht sozialdemokratische Führer, die „im Interesse der Wirtschaft" die Arbeitszeitverlängerung unterstützten?

Wurde nicht mit Hilfe sozialdemokratischer Führer der zehnprozentige Lohnabzug eingeführt?

Wem hat die Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung durch die sozialdemokratischen Führer genützt: den Arbeitern oder den Unternehmern?

Wem hat die Einführung der Arbeitslosenversicherung genützt?

Bedeutet diese Versicherung nicht einen Abbau der Erwerbslosenunterstützung und die Abwälzung der Versicherungslasten auf die Arbeiter?

Schon die Beantwortung dieser Fragen zeigt, daß die wirtschaftsfriedliche Politik der Sozialdemokratie nicht der Arbeiterklasse, sondern der Festigung der wirtschaftlichen und politischen Macht des Trustkapitals gedient hat. **„Die gemeinsame Arbeit aller Kreise der Bevölkerung"**, wie es im Wirtschaftsprogramm des ADGB (Januar 1926) hieß, **hat zur Erhöhung der kapitalistischen Profite und Verstärkung der Macht der Bourgeoisie geführt.**

Warum Koalitionspolitik?

Auf diese unbequemen Tatsachen werden während der Wahlbewegung die sozialdemokratischen Führer antworten: „Das war einmal." Der Tenor ihrer Wahlreden wird sein: „Die Welt wird schöner mit jedem Tag.. (wenn die SPD Ministersitze bekommt). Nun wird sich alles, alles wenden!" Für die sozialdemokratische Bureaukratie wird allerdings vielleicht eine bessere Zeit anbrechen. Noch mehr als bis jetzt werden sich sozialdemokratische Schlichter, sozialdemokratische Landräte, sozialdemokratische Polizeipräsidenten, die das freigewerkschaftliche Mitgliedsbuch in der Tasche tragen, als Ordnungsstützen betätigen. Die Bourgeoisie wird im Interesse ihrer aktiveren imperialistischen Politik durch Einspannung der sozialdemokratischen Führer die Gewerkschaften zu benutzen versuchen als Schutzwall des Trustkapitals gegen die anstürmenden Arbeitermassen, die von dem elenden sozialdemokratischen Gedanken über Wirtschaftsdemokratie nicht satt werden und die Erhöhung des Reallohnes, Achtstundentag und 46-Stundenwoche, Beseitigung der Heimarbeit fordern. Gerade weil das Trustkapital nur dann ein aktive imperialistische Politik durchführen kann, wenn es gelingt, die Lebensbedingungen des Proletariats niedrig zu halten und große Arbeiterkämpfe zu vermeiden, ist es vielleicht nicht abgeneigt, die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer stärker an den kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat zu binden, um damit auch die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften zur Verhinderung von Arbeiterkämpfen auszunutzen. Die Bourgeoisie weiß, daß Koalitionspolitik Spaltung der Arbeiterklasse bedeutet. Das heißt aber auch Schwächung der Gewerkschaften und Zerschlagung ganzer Gewerkschaftsorganisationen. Die Ausnutzung der freien Gewerkschaften für die Unterstützung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik ist verbunden mit der Mundtotmachung der Opposition, mit der Kommunistenhetze in den Gewerkschaften. **So sehen wir schon heute, wie im Interesse der Sicherung der Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Führer oppositionelle Arbeiter massenweise aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden.**

Für die Sowjetunion!

Gegen den deutschen Imperialismus!

Die Ausnutzung der freien Gewerkschaften zur Organisierung der kapitalistischen Wirtschaft ist innig verbunden mit der Unterstützung des Kampfes der deutschen Bourgeoisie um neue Absatzmärkte. Severing erklärte offen, daß im Interesse der Beschäftigung der deutschen Arbeiter der Kampf der deutschen Bourgeoisie um den Weltmarkt unterstützt werden müsse. Deutschland müsse wieder zur „Weltgeltung" kommen. Erinnert das nicht an die sozialdemokratischen Reden von 1914—1918? Wurde damals der Krieg nicht auch unterstützt im Interesse der Eroberung neuer Absatzmärkte? Wurde nicht 1926 während des englischen Bergarbeiterstreiks dieselbe Politik getrieben? Im Interesse der Eroberung von Absatzmärkten für die deutsche Kohle wurden in den deutschen Bergbaugebieten Ueberschichten verfahren und allein 6 522 322 Tonnen Kohlen aus Deutschland nach England exportiert. So sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den heldenhaft kämpfenden englischen Bergarbeitern in den Rücken gefallen. Heute müssen die deutschen Bergarbeiter diese Unterstützung der imperialistischen Politik durch die sozialdemokratischen Führer teuer bezahlen, denn die Niederlage der englischen Bergarbeiter hat wesentlich den Kampf der deutschen Bergarbeiter für die Siebenstundenschicht unter Tag und Achtstundenschicht über Tag erschwert. **Der Bergarbeiterverband hat die Interessen der „Wirtschaft" wahrgenommen, die Arbeiter müssen die Kosten bezahlen.** Der deutsche Imperialismus versucht aber nicht nur in die „englischen Interessensphären" einzudringen, sondern er will vor allem das Gebiet der Sowjetunion als Absatzgebiet erobern und führt zu diesem Zweck einen zähen Kampf gegen das sowjetrussische Außenhandelsmonopol. Der Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, der Kampf der deutschen Industriellen für die Durchbrechung des Außenhandelsmonopols wurde von der sozialdemokratischen und Gewerkschaftspresse unterstützt. Die Hilferding und Kompanie haben bei weitem die Hetze der Industriellen gegen die Sowjetunion übertroffen. **Die Industriellen und die Sozialdemokratie wollen aber nicht nur vergrößerte Absatzmöglichkeiten in der Sowjetunion, sondern sie wollen die Schwächung der ökonomischen und politischen Macht des Staates der proletarischen Diktatur.**

Die Feinde des Proletariats wissen, daß die Einführung des Siebenstundentages in den Betrieben der Sowjetunion, daß der wirtschaftliche Aufstieg der Sowjetunion und die Hebung der Lage der russischen Arbeiterklasse ein leuchtendes Vorbild für die Arbeiterklasse der ganzen Welt ist.

Deshalb ist die Sowjetunion nicht nur der Bourgeoisie verhaßt, sondern noch mehr dem sozialdemokratischen Führerflügel, denn die Durchführung des Siebenstundentages, die Hebung der Lebenslage der Werktätigen in der Sowjetunion **beweist** die Richtigkeit der kommunistischen Politik, während die **wirtschaftsfriedliche** und Koalitionspolitik der Sozialdemokratie **in den kapitalistischen Ländern zur Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter, zur Festigung der Macht der Bourgeoisie geführt hat.** Deshalb darf kein Gewerkschaftskollege sozialdemokratisch wählen. **Wer für die SPD-Kandidaten stimmt, der entscheidet sich gegen den einzigen Arbeiterstaat und für die Feinde der Sowjetunion.**

(Schluß folgt.)

Gesamtaussperrung der Metallarbeiter

330000 Metallarbeiter ausgesperrt

Chemnitz, 5. April.

Die sächsischen Metallindustriellen haben am Donnerstag nach 3stündiger Beratung die Gesamtaussperrung der sächsischen Metallarbeiter beschlossen. Die Aussperrung soll gleich nach Ostern beginnen.

•

Das alte Spiel wiederholt sich, die Gewerkschaftsbureaukratie führt keinen ernsthaften Kampf. Anstatt Gesamtangriff, werden einzelne Betriebe herausgenommen. Jetzt antworten die Unternehmer mit der Aussperrung. Was wir vorausgesagt, ist eingetreten. Für die Metallarbeiter gilt es, die Kampfansage entschlossen zu beantworten. **Am Dienstag heraus aus den Betrieben!** Breiteste Ausdehnung des Kampfes muß die Wiederholung der Niederlagen von Mitteldeutschland und Berlin verhindern.

Der Feind steht links

Kampf gegen die Kommunisten — Frieden dem neudeutschen Imperialismus — Die „liberalen" Schwerindustriellen — Eine Wahlerklärung Löbes

Der Berliner Vertreter der Volonté hat den Reichstagspräsidenten Löbe über seine Meinung zu den Wahlen ausgefragt. **Löbe hat dabei erklärt,** daß es darum gehe, ob die Außenpolitik Stresemanns fortgesetzt werden solle. Löbe ist selbstverständlich für den neudeutschen Imperialismus. Er erzählt dann das Märchen, daß die schwerindustrielle Volkspartei „liberal" sei. Daß deswegen die Regierung des Bürgerblocks auseinandergeflogen. Dieser schändliche Betrug an den Massen der Arbeitenden, der ein Popularisierung der Partei der Schlotbarone darstellt, wird von der SPD „Kampf gegen den Bürgerblock" genannt.

Dann stellte Löbe die Wahlaufgaben fest. Er erklärte:

Der Wahlkampf werde einerseits **zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten,** anderseits zwischen Deutschnationalen und der Volkspartei ausgetragen werden.

Die Erklärung Löbes, daß die Partei der Ausbeuter, die Volkspartei, liberal sei, zeigt die Linie der Koalitionspolitik. Das Bedeutsamste aber ist die Erklärung, daß die SPD im Interesse der Koalition, im Interesse des Bestandes des Kapitalismus **den Kampf gegen die KPD** führt. Die SPD-Presse aber schreit nach der Methode der entdeckten Spitzbuben, die KPD kämpfe nur gegen die SPD.

Wir kämpfen gegen den Bürgerblock und seine Helfer, die SPD. Diese aber kämpft gegen die Kommunisten zur Rettung des Kapitalismus.

Die Dresdner Volkszeitung weicht aus

Am Donnerstag windet sich die Volkszeitung wiederum in längeren Ausführungen um die Tatsachen beim Buchdruckerstreik herum, **ohne mit einem Wort auf unsere konkrete Darstellung einzugehen.** Mit öden Schimpfereien und der schamlosen Verdächtigung, daß wir „uns die größte Mühe geben, den streikenden Buchdruckern möglichst viel Schwierigkeiten zu bereiten", schafft man nicht aus der Welt, **daß nur die Arbeiterstimme sofort die 10-Mark-Forderung der Buchdrucker bewilligt hat** während Volkszeitung und Volksstaat nur 6 Mark bewilligten.

Daß damit und mit den Abmachungen Dr. Führers die 10-Mark-Forderung abgedrosselt wurde, kann nicht bestritten werden. Die Buchdrucker bilden sich ihr Urteil über die Vorgänge selber. Sie und alle Arbeiter wissen, daß alle Bemühungen für ein restloses Durchdrücken der Forderungen gegeben waren und der Erfolg absolut sicher gewesen wäre, wenn die Dresdner Volkszeitung vom ersten Tage der Bewegung eine ebenso klare Stellung eingenommen hätte, wie die Arbeiterstimme.

Die Dresdner Volkszeitung geht aber bewußt um die Tatsache herum, daß sie ihre Direktiven vom Hauptvorstand, der gar nicht den Willen hatte, gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch zu kämpfen.